

**ANFRAGE** von Peter Aisslinger (FDP, Zürich) und Dr. Jean-Jacques Bertschi (FDP, Wettswil)

betreffend      Ausbildungskosten im zürcherischen Bildungsbereich

---

Der Kanton Zürich muss Effizienz und Effektivität seines Bildungswesens verbessern. Die enormen Haushaltprobleme zwingen dazu, rasch Lösungen zu erarbeiten. Bereits hat der Regierungsrat dem Kantonsrat eine Vorlage zur Erhebung von Beiträgen für Studierende an Mittelschulen und Lehrerbildungsstätten zugestellt. Zudem wird die Stärkung der Berufsbildung sowie die Integration des Amtes für Berufsbildung in die Erziehungsdirektion diskutiert.

Entscheidungen für Weichenstellungen im Bildungsbereich müssen sich auf fundiertes Zahlenmaterial und gesicherte Kennzahlen abstützen. Die Kosten für den Staat, daneben aber auch Gebühren und auch das finanzielle Engagement der Eltern, Lehrbetriebe sowie anderer Ausbildungsbeteiligter/-betroffener müssen transparent vorliegen.

Deshalb bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der nachstehenden Fragen und danken im voraus für deren Beantwortung.

1. Welches sind die jährlichen Aufwendungen der öffentlichen Hand für die Unterrichtung pro auszubildende Person der Primarschule, der Oberstufe, des Langzeitgymnasiums, des Kurzzeitgymnasiums, der Diplommittelschule, der Berufsschule, der Berufsmittelschule, der Lehrerbildungsanstalt sowie einer Höheren Fachschule?  
Die Kosten sollen die gesamten Betriebskosten unter Weglassung von Investitionskosten berücksichtigen.  
(Auf den universitären Bereich kann verzichtet werden, wurden doch diese Zahlen im Zusammenhang mit der Frage kostendeckender Beiträge von Nichthochschulkantonen erhoben).
2. Welches sind die hauptsächlichsten zusätzlichen Aufwendungen (Beiträge/Gebühren, Schulmaterial, etc.) pro Person, die im Bereich der erwähnten Schul- und Ausbildungsgänge von Seiten der Auszubildenden (und ihrer Eltern) resp. der Lehrbetriebe zu leisten sind?
3. Auf welche gesetzlichen Grundlagen stützen sich diese nichtstaatlichen Aufwendungen?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die erhaltenen Daten mit Blick auf seine bildungspolitischen, ökonomischen und sozialen Zielsetzungen im Bildungsbereich, auf die Belastung der Beteiligten und Betroffenen, von Gewerbe und Wirtschaft? Erachtet der Regierungsrat diese Belastungen als ausgewogen? Plant der Regierungsrat allenfalls Korrekturen / Anpassungen?

Peter Aisslinger  
Dr. Jean-Jacques Bertschi